

Ausführungen von Herrn Dr. Utz Tillmann,

**Sprecher der Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) und
Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),**

am 26. November 2015 auf der Pressekonferenz der EID in Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in wenigen Tagen beginnt der Weltklimagipfel. Wir möchten Ihnen hierzu sowohl einordnende Hintergrundinformationen geben als auch den Standpunkt der energieintensiven Branchen erläutern.

Nach den Terroranschlägen ist die Tatsache, dass die Klima-Konferenz in Paris weiterhin stattfindet, schon an sich ein positives Signal. Gleichwohl erwartet die Weltgemeinschaft aber einen substanziellen Fortschritt für den globalen Klimaschutz am Ende der 10-tägigen Konferenz.

Auch wir energieintensive Branchen hoffen sehr, dass Paris ein Abkommen beschließt, das uns in der Sache voranbringt. Zum einen, um dem Klimawandel zu begegnen. Aber auch, weil wir dringend Chancengleichheit für die Industrie brauchen.

Wir gehen davon aus, dass wir in zweieinhalb Wochen tatsächlich eine Erfolgsmeldung aus Paris vernehmen: Es wird ein Abkommen oder zumindest eine Vereinbarung zustande kommen. Vermutlich entsteht daraus ein neuer Rechtsrahmen für die Zeit nach 2020. Ich hoffe sehr, dass die französische Verhandlungsleitung bis zur Zielgeraden Fortschritte verbuchen kann.

Ob aber 197 Länder bereit sind, mit vereinten Kräften auf ein 2-Grad-Ziel hinzuwirken, ist mehr als unsicher. Schließlich gehören dazu die nötigen CO₂-Reduktionen und die Kosten für die Wirtschaft, diese zu finanzieren.

Länder wie die USA und China haben sich in jüngster Zeit zum Klimaschutz bekannt. Teilweise wurden die Ankündigungen von Präsident Obama und Premier Xi als große Leistungen gewürdigt. Als energieintensive Industrien müssen wir da genauer draufschauen.

Warum interessieren wir uns dafür? Weil kein Abkommen ohne die Industrie umgesetzt werden kann. Oder anders gesagt: Ein Abkommen, das am Ende nicht für die Wirtschaft funktioniert, wird scheitern. Aus zwei Gründen:

Erstens: Die Industrie liefert energieeffiziente Produkte, die Klimaschutz ohne Wohlfahrtsverluste und ohne Verzicht möglich machen. Das ist ein zentrales Anliegen nicht nur für uns, sondern besonders in den Schwellenländern. Nur eine starke und wettbewerbsfähige Industrie kann die Technologien entwickeln, die im Kampf gegen den Klimawandel und für eine mögliche Anpassung zum Klimawandel gebraucht werden.

Zweitens: Die energieintensive Industrie muss in Europa konkrete Reduktionsziele erfüllen – und sie kann hier auch messbare Fortschritte vorweisen. Die Branchen Baustoffe, Chemie, Glas, Nichteisenmetalle, Papier und Stahl haben von 1990 bis 2012 ihren Treibhausgasausstoß um 31 Prozent reduziert, während sie ihre Produktion im gleichen Zeitraum um 42 Prozent erhöht haben. Unsere Wettbewerber außerhalb der EU können eine solche Bilanz nicht vorweisen. Gleichzeitig stehen wir in einem intensiven internationalen Wettbewerb. Dazu gehört, dass wir im Auge behalten, wie sich die Kosten energieintensiver Unternehmen in anderen Regionen der Welt entwickeln. Unsere Wettbewerber tun dasselbe.

Richten wir also den Blick auf die Bilanz: Bis Mitte November sind beim UN-Klimasekretariat 137 Klimaschutzzusagen eingetroffen, mit denen 165 Staaten ihre Klimaziele angeben. Diese Zusagen reichen definitiv nicht aus, um das von der Politik vereinbarte 2-Grad-Ziel zu erreichen. Sie reichen noch nicht einmal aus, um auf einen Minderungspfad einzuschwenken. Nach Einschätzung von Experten steuern wir mit diesen Zusagen mindestens auf einen Temperaturanstieg von 2,7 Grad zu.

Viele Meldungen (INDC) für die Reduktion von Treibhausgasen fallen vage aus. Manche Länder gehen wie beim Kartenspielen vor: Bevor sie ihr Blatt ausspielen und ein endgültiges Klimaziel formulieren, warten sie ab, was beim Gipfel herauskommt. Außerdem sorgen unterschiedliche Faktoren dafür, dass die jeweiligen Klimaziele nicht voll belastbar sind, weil klare Regeln dafür fehlen. Nur die EU

spielt mit offenen Karten. Sie hat ihr 40-Prozent-Ziel unconditioniert deklariert – also unabhängig von den Ergebnissen in Paris.

Fazit: Die bisherigen Zusagen führen weder zu mehr Klimaschutz noch lassen sie uns als energieintensive Branchen auf eine Besserung unserer Wettbewerbssituation hoffen:

- In punkto Klimaschutz summieren sich die Zusagen der G20-Länder – von denen jeweils INDCs vorliegen – im Jahr 2030 zu 14 Mrd. Tonnen **mehr** CO₂ im Vergleich zu 1990.
- In punkto Wettbewerbsfähigkeit stellen viele Regionen ihre energieintensive Industrie quasi unter ein Schutzschild. Das gelingt, indem sie die Industrie entweder ausklammern, CO₂ so wie die USA auf andere Weise mindern, oder indem sie weitere Beiträge in ihre Bilanz einrechnen, zum Beispiel ihren Waldbestand.
- Nur in Europa gehört es politisch zum guten Ton, weitere Belastungen für unsere Branchen einzufordern. Dabei haben wir die Hausaufgaben in Europa gemacht: Mit 23 Prozent weniger CO₂ im Vergleich zu 1990 hat die EU heute schon ihr Klimaziel für 2020 erfüllt. Den Löwenanteil dafür hat die Industrie erbracht.

Aus unserer Sicht kann Paris daher kaum den großen klimapolitischen Wurf bringen, den wir brauchen, um Produktion auf unserem Kontinent zu halten – geschweigen denn Wachstum und Investitionen zu mobilisieren. Denn die Staaten werden nicht über das hinausgehen, was sie bisher vorgeschlagen haben.

Auch ein Abkommen in Paris wird die Wettbewerbsverzerrungen für die europäische Industrie durch die unilaterale Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz nicht aus der Welt schaffen. Paris wird zwar nicht scheitern. Aber ein echter Durchbruch ist bei realistischer Betrachtung nicht zu erwarten.

Was müsste ein Abkommen aus unserer Sicht umfassen, um ein Erfolg zu werden? Ich möchte hier drei Punkte nennen:

- **Erstens:** Am wichtigsten ist, dass sich zumindest alle entscheidenden Emittenten zu rechtlich verbindlichen und vor allem vergleichbaren Minderungsbeiträgen verpflichten. Für die Vergleichbarkeit ist relevant, welche Zeiträume gelten sollen. Die USA wollen ihr 2030-Ziel auf 2005 beziehen, China und Indien 2030 überhaupt erst mit dem Mindern anfangen. Die EU bezieht sich für die Gesamtemissionen auf 1990.

- **Zweitens:** Alle Beteiligten müssen die Umsetzung ihrer Klimaschutzpläne nachprüfbar darlegen. Hierzu ist ein für alle Staaten einheitliches Berichts-, Mess- und Verifizierungswesen für Treibhausgasemissionen notwendig. Das Beispiel China zeigt, dass es hier schon vielfach hapert. Eine Einigung auf diesen Standard wird neben den Klimazielen eine der größten Herausforderungen für die Konferenzleitung. Viele Staaten lehnen ein Berichtssystem ab. Ohne ein solches Instrument kann aber zwischen den Akteuren kein Vertrauen entstehen, dass alle Beteiligten faire und gerechte Beiträge erbringen.
- **Drittens:** Mit dem Abkommen in Paris ist die Arbeit nicht getan. Wir könnten durch eine internationale Anbindung des europäischen Emissionshandels unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Wir fordern, dass Paris dafür die Voraussetzung schafft, indem ein Abkommen auch internationale Marktmechanismen enthält.

Viele Länder sehen das skeptisch. Das Instrument wäre aber ein wichtiger Zwischenschritt zu einem globalen CO₂-Markt. Dann würden die Emissionen dort gesenkt, wo es am effizientesten und kostengünstigsten ist.

Wir brauchen einen globalen Emissionshandel, der überall nach gleichen Spielregeln funktioniert. Zwar gibt es in allen Erdteilen Ansätze für Cap-and-Trade. Sie funktionieren aber nach anderen Regeln. Der entscheidende Unterschied: Keiner deckt die Industrie in der Weise ab, wie es der europäische Emissionshandel tut:

Über den Emissionshandel trägt die europäische Industrie zusammen mit der Energiewirtschaft die Hauptlast für den europäischen Klimaschutz. Die energieintensiven Industriezweige schultern allerdings im Wesentlichen die finanzielle Belastung, weil die Stromversorger ihre Kosten für die Zertifikate einpreisen können. Diese Möglichkeit haben unsere Unternehmen nicht. Sie zahlen also doppelt: Direkt durch den Kauf der Zertifikate für ihre Prozesse. Und indirekt durch höhere Strompreise.

Um eine Abwanderung von Produktion („Carbon Leakage“) in Regionen ohne entsprechende Vorgaben zu verhindern, sind heute schon komplizierte Regelungen im Emissionshandel erforderlich. Diese werden aber in Zukunft immer weniger ausreichen. Solange in weiten Teilen der Welt ähnliche Anforderungen an energieintensive Unternehmen fehlen, muss die europäische Politik aus dieser Situation Konsequenzen ziehen. Das gilt besonders für die anstehende Reform des Emissionshandels. Herr Rothermel wird näher darauf eingehen, welche Entwicklungen wir dort erwarten und was getan werden muss, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu wahren.

Ich fasse zusammen:

- Wir haben genauso wie die Politik und die NGOs hohe Erwartungen an den Klimagipfel.
- Wir haben in Europa ein funktionierendes System für den Klimaschutz.
- Ob die Beschlüsse in Paris auch dazu führen, dass die EU mit ihren Zielen in der Welt nicht alleine bleibt, gilt es sorgfältig zu prüfen. Dazu ist es notwendig, nicht nur die übergeordneten INDCs und Absichtserklärungen unter die Lupe zu nehmen, sondern auch ganz konkret die Belastungen für die Industrie in verschiedenen Weltregionen zu vergleichen.

Kontakt: VCI-Pressestelle – Telefon: 069 2556-1496 – E-Mail: presse@vci.de